25.4.1949.

An

S.Magnifizenz
den Rektor der Universität Bonn,
Herrn Professor Dr. K l a u s e r,

B o n n

Sehr verehrte Magnifizenz!

Frau Minister Teusch, die am 23.ds.Mts. die Freundlichkeit hatte, mir eine kurze Besprechung in Sachen der Monumenta Germaniae zu gewähren, riet mir, Sie über die Angelegenheit zu informieren und weiter auf dem laufenden zu erhalten, damit Sie Ihrerseits zu gegebener Zeit die Frau Minister weiter unterrichten können. Ich erlaube mir also, Ihnen im Anschluss an unsere kürzliche Unterhaltung noch einmal zusammenfassend darzulegen, um was es sich handelt.

Die Monumenta Germaniae werden zur Zeit durch einen Haushalt finanziert, der von den vier Ländern der amerikanischen Besatzungszone nach einem bestimmten Schlüssel bestritten wird. Das Bayer.Unterrichtsministerium, das in dieser Angelegenheit federführend ist, hatte nun die Monumenta Germaniae auf die Liste derjenigen Institute gesetzt, die künftig gemeinsam von allen Ländern der drei westlichen Besatzungszonen unterhalten werden sollen. Diesem Antrag ist jedoch in der gemeinsamen Besprechung der Unterrichts-und Finanzminister der Länder nicht stattgegeben worden und zwar deshalb, weil für die gemeinsam zu unterhaltenden Institute eine untere Haushaltsgrenze von DM 100 000.-- jährlich festgesetzt wurde, während der Haushalt der Monumenta Germaniae nur DM 72 000.-- beträgt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird daher in Zukunft der Haushalt für die Monumenta im Zuge der Verteilung der einzelnen Institute von dem Lande Bayern allein übernommen werden.

Ich habe demgegenüber der Frau Minister vorgetragen, dass eine solche Regelung der Tradition der Monumenta Germaniae, die stets einen ausgesprochenen allgemein deutschen Charakter getragen haben, nicht entsprechen würde,und dass sie auch im Widerspruch stände zu der Tatsache, dass in der Zentraldirektion als der leitenden Körperschaft der Monumenta Germaniae grundsätzlich alle deutschen Länder durch Fachgelehrte vertreten sind. Frau Minister Teusch erkannte diese Gesichtspunkte durchaus an, meinte jedoch, dass im gegenwärtigen Augenblick an den getroffenen Abmachungen nichts zu ändern sei. Andererseits stellte sie in Aussicht, die Frage im Auge behalten zu wollen und meinte, dass vielleicht im nächsten Jahr eine Änderung herbeizuführen sein werde, wobei vielleicht auch eine Erhöhung des Haushaltes in Frage kommt. Natürlich werde ich meinerseits die Angelegenheit weiter zu betreiben versuchen und im entsprechenden Sinne auch an das